



CHLOÉ SHARROCK

FOTO-TABLEAU

## Wenn es Nacht wird in Gaza 5/5

Es ist kein Zufall, wenn man sich durch diese Aufnahme an die markanten Chiaroscuro-Effekte des Malers Georges de La Tour erinnert fühlt. Auch die französische Fotografin Chloé Sharrock liebt es, wie sie sagt, «mit Licht zu schreiben» – gerade wenn dieses nur spärlich vorhanden ist. Hier war sie bei einer Familie zu Gast, die in einer armen Gegend im Norden des Gazastreifens lebt; einen Generator kann man sich nicht leisten, und so erhellt man das Zimmer mit Kerzen, wärmt sich und kocht an einem offenen Feuer. Das ist alles andere als romantisch und gemütlich. Ein Cheminée mit Rauchfang hat das kleine Haus nicht; entsprechend gross sind die Brandgefahr und die gesundheitliche Belastung. Sharrock besuchte den Gazastreifen zu einem Zeitpunkt, da die Stromknappheit infolge eines Streits zwischen Fatah und Hamas schon seit Monaten massiv verschärft war; bei dieser Familie erfuhr sie, dass der Notstand sich auch direkt auf den Bildungsweg der fünf Kinder auswirkte. Alle bekundeten Mühe, bei etwas Kerzenschein ihre Aufgaben zu machen, die Älteste konnte ihr Abschluss-examen nicht ablegen. Ein Seufzen, ein Schulterzucken: Das Geld hätte ohnehin nicht gereicht, um dem Mädchen ein Studium zu ermöglichen.

Die Linke und Europa

## Rote Linien entlarven die rote Lebenslüge

Gastkommentar  
von HANS RENTSCH

Unsere Linke verstand unter der Sozialen Marktwirtschaft seit je etwas anderes als die Schöpfer des Begriffs. Für den legendären früheren deutschen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard und die ordoliberalen Ökonomen in dessen Umfeld kamen zuerst der Markt und der Wettbewerb als Motor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, während der soziale Ausgleich nachgeschaltet war.

Unsere Sozialdemokraten sehen es mit dem Primat des regulierenden, umverteilenden Staates über die Wirtschaft umgekehrt. Sie träumen bis zum heutigen Tag von der EU als einem Projekt nach dem Parteiprogramm der SP, wo etwas holprig steht: «Mit ihrem Beitritt zur EU muss sich die Schweiz dafür einsetzen, dass der Integrationsprozess in Europa weiter voranschreitet, die EU zu einer umfassenden Sozial- und Wirtschaftsunion ausgebaut und demokratisiert wird und den Service public nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet.»

Nun war Ende der 1980er Jahre mit dem EG-Kommissions-Präsidenten Jacques Delors ausgerechnet ein französischer Sozialist die treibende Kraft hinter dem Grossprojekt der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Vollendung eines diskriminierungsfreien Binnenmarkts.

Ein noch prominenterer französischer Sozialist, der damalige Präsident François Mitterrand, setzte gegen anfänglichen deutschen Widerstand die mit dem Unionsprojekt verknüpfte Einführung der Einheitswährung Euro durch. Er wollte die Abhängigkeit der französischen Wirtschafts- und Finanzpolitik von der auf Preisstabilität gerichteten Politik der Deutschen Bundesbank und die Schande von Abwertungen des Franc beenden.

Da Mitterrand primär machtpolitisch dachte, hatte er für die ökonomisch argumentierende britische Premierministerin Margaret Thatcher kein Ohr. Sie wies ihn warnend darauf hin, dass Deutschland unter einer Einheitswährung noch stärker an Einfluss gewinnen würde.

Dass Lady Thatcher recht bekam, wissen wir inzwischen. Der Euro beendete die Möglichkeit, über flexible Wechselkurse wirtschaftliche Ungleichgewichte durch Auf- und Abwertungen relativ schmerzlos zu korrigieren. Für den Ausgleich blieb primär die Migration. So verliessen Hunderttausende Griechen im Zuge der Schuldenkrise ihre Heimat und suchten Arbeit in den wettbewerbsstarken Ländern. Der Ausgleich durch Migration ist aber nicht nur viel weniger effizient als jener

über flexible Wechselkurse, er ist auch politisch konfliktträchtig. Die längst nicht ausgestandene Euro-Schuldenkrise hat mittlerweile auch bei der SP die EU-Begeisterung deutlich gedämpft. Wie anders wäre es zu erklären, dass SP und Gewerkschaften mit ihrer kompromisslosen Verteidigung der «8-Tage-Regel» das ganze bilateral geregelte Verhältnis zur EU aufs Spiel setzen?

Und man fragt sich, wie ernst es die SP mit dem EU-Beitritt der Schweiz überhaupt je gemeint hat. Sie hält den Binnenmarkt heute kritisch für ein «neoliberales» Projekt, weil EU-Recht nationale protektionistische Regelungen aushebeln kann, die bei der politischen Linken als soziale Errungenschaften gelten. Die SP verband einen EU-Beitritt schon immer mit illusionären Vorstellungen über auszuhandelnde Sonderregelungen für die Schweiz. Der aus dem Parteiprogramm der SP zitierte Satz suggeriert, unser Land könne einfach mal der EU beitreten und sich dann für einen Umbau nach sozialdemokratischen Ideen einsetzen.

Zur Erinnerung: Die Beitrittsverhandlungen Österreichs 1993/94 dauerten 14 Monate. Es gab neun Verhandlungsrunden auf Ministerebene, 130 Treffen für die Übernahme des EU-Rechtsbestandes (Acquis communautaire) sowie 72 Fachgespräche mit den jeweiligen Ressorts.

Beitrittsverhandlungen der Schweiz würden noch viel aufwendiger. Man müsste unter Referendumsdruck versuchen, nicht binnenmarktcompatibile «eigene» Politiken in eine EU-Mitgliedschaft hinüberzuretten. Die Aussichten stünden schlecht. Als Österreich hartnäckig um Sonderregelungen für die Landwirtschaft und den Transitverkehr kämpfte, gelangte man auch an Präsident Mitterrand. Dieser meinte nur trocken: «Une Suisse nous suffit.»

Mitterrand ist zwar tot, aber sein Geist lebt und ist im Acquis sogar institutionalisiert. Dieser setzt Sonderwünschen von Beitrittskandidaten engste Grenzen. Die Schweiz ist mit ihren halben Liberalisierungen und der vielfältigen «Subventionitis» schlicht nicht binnenmarktfähig. So würde ein Service-public-Schutz nach SP-Vorstellungen bei der EU wohl nur Kopfschütteln auslösen. Mit dem kleinkrämerischen Kampf für rote Linien beim Lohnschutz offenbart sich der SP-Programmpunkt eines EU-Beitritts der Schweiz schlicht als die grosse rote Lebenslüge.

Hans Rentsch ist Ökonom, Wirtschaftspublizist und Autor von «Wie viel Markt verträgt die Schweiz?», NZZ Libro, 2017. Er ist Mitglied des Carnot-Cournot-Netzwerks.

In England ansässige Ausländer und der Brexit

## Persönliche Tragödien

Gastkommentar  
von EDWARD KANTERIAN

Dem Ökonomen John Maynard Keynes wird nachgesagt, auf den Vorwurf, er ändere zu oft seine Meinung, erwidert zu haben: «Wenn sich meine Informationen ändern, ändere ich meine Meinung. Was tun Sie?» Ich lebe seit 1997 in Grossbritannien und habe dieses Land immer für seinen Realitäts-sinn, seine gefestigte Demokratie, seine Resistenz gegen die politischen Dämonen des Extremismus bewundert. Seit dem Brexit-Referendum vor zwei Jahren haben sich meine Informationen über das Königreich allerdings geändert.

Nein, ich wurde kein Opfer rassistischer Anfeindungen, auch wenn die «hate crimes» seit dem Referendum offenbar ansteigen. «Weg mit dem polnischen Ungeziefer», stand auf Autos in Huntington (Grafschaft Cambridge) am Tage des Referendums. Tage später sang eine Männermeute in Londons Covent Garden «Rule Britannia! Zuerst kriegen wir die Polen raus, dann die Schwulen!». Viele britische Muslime mussten sich Sprüche anhören wie «Raus mit euch – wir haben «Leave» gewählt».

Vielleicht hatte ich bisher einfach nur Glück. Mit rechten Brexit-Wählern sprach ich nur zwei Mal. Ein Londoner Taxifahrer erklärte mir einmal, dass, wenn die Ausländer nun verschwinden würden, die faulen jungen Briten gezwungen wären, die einfachen Jobs zu übernehmen. Der Brexit als einfache Arbeitsbeschaffungsmassnahme? Und bei einer Brexit-Diskussion mit einem emeritierten Juraprofessor drückte mir dieser sein Bedauern darüber aus, dass Deutschland auch diesen «Krieg» verlieren werde.

Unvergesslich und unverzeihlich bleiben die vielen öffentlichen Episoden, die mir die finstere Seite Englands aufgezeigt haben.

Erinnert sei nur an die schrille Demagogie der Boulevardpresse, so etwa der «Daily Mail». Dieser bildete auf der Titelseite am 4. November 2016 die Richter des High Court of Justice ab, brandmarkte sie, fast schon in «Stürmer»-Manier, als «Feinde des Volkes» und betonte zudem, dass einer von ihnen ein «bekennter Schwuler» sei. Die Richter hatten gerade das vernünftige Urteil gefällt, wonach die britische Regierung das Einverständnis des Parlaments brauche, um Artikel 50 in Kraft treten zu lassen.

Oder man denke nur an Theresa Mays Attacke auf den Kosmopolitismus, wonach Weltbürger eigentlich nur «Bürger von Nirgendwo» seien. Auch hier drängen sich ungute Assoziationen mit der Nazi- und Stalinzeit auf. Vereinzelt Berichte über verzweifelte EU-Bürger, die sich in England eine Existenz aufgebaut hatten und nun per Brief vom Home-Office aufgefordert wurden, ihre Sachen zu packen, wirkten zutiefst beunruhigend.

Ich fühle mich inzwischen als Bürger zweiter Klasse und frage mich oft, ob es nicht besser wäre, das Land möglichst bald zu verlassen.

Viel direkter wurde ich allerdings mit einem anderen Aspekt des englischen Ressentiments gegen Europa konfrontiert, dem der radikalen Linken, der sogenannten «Lexiteers». Sie stellen in der Labour-Partei zwar eine Minderheit, doch eine tonangebende.

Zu ihnen zählt der Parteivorsitzende selbst, Jeremy Corbyn, der als engagierter Euroskeptiker (er stimmte bei allen wichtigen Abstimmungen, 1975, 1993, 2009 gegen die EU) eine schwere Mitschuld am Ausgang des Referendums trägt. Anders als die Mehrheit seiner Parteigenossen sperrt er sich gegen ein zweites Referendum, das den Brexit stoppen könnte.

Ich nahm bisher an zwei Podiumsdiskussionen über den Brexit teil, an der London School of Economics und auf dem eigenen Campus hier in Canterbury. Meine vier englischen Mitdiskutanten waren alle links und «anti-EU», drei von ihnen sogar bekennende Kommunisten. Einer hat ein Buch darüber geschrieben, wie wunderbar die Welt heute aussähe, wenn Lenin länger gelebt und dem Sozialismus zum globalen Durchbruch verholfen hätte. Den Brexit bezeichnete er als eine «Granate» gegen die EU, die alle Demokratie verschlinge, Hunderte von Afrikanern jede Woche im Mittelmeer ermorde und für die rechten Regime in Polen und Ungarn verantwortlich sei. Sein Kollege stimmte ihm bei und begrüßte den neuen Populismus als Gegenmittel gegen die Brüsseler «Diktatur», die angeblich den Wohlfahrtsstaat und den Kosmopolitismus untergrabe.

Für diese hanebüchernen Aussagen bekamen diese Elfenbeinturm-Demagogen allerdings keinen Beifall von den Studenten im Saal, sondern ernteten Kritik. Auch wenn viele junge Menschen über die Europäischen Union schlecht informiert sind (sie lesen ja kaum Zeitungen), sehen sie doch in Europa eine vage Möglichkeit, der insularen Nabelschau zu entkommen. Am meisten fühle ich mit ihnen und meinen der EU wohlgesinnten britischen Kollegen, die sich an der Tragödie ihres Landes innerlich aufzehren, so wie jener Literaturprofessor, der sich kurz nach dem Referendum bei mir für das Verhalten seines Volkes vielmals entschuldigte.

Wird das englische Wahlvolk den krassen Irrtum von 2016 auch selbst einsehen, gleichgültig was die unverantwortlichen Ideologen von rechts und links ihm zuflüstern? Vielleicht sollte es auf Keynes hören.

Edward Kanterian wurde in Rumänien geboren und ist heute deutscher Staatsbürger. Er lehrt Philosophie an der Universität von Kent.